

Statement zur Anhörung im Petitionsausschuss zum Thema GEMA
am 17.Mai 2010

Im Namen aller Mitzeichner möchte ich mich bedanken, dass uns die Möglichkeit gegeben wird unsere Anliegen und Bitten diesem Auditorium darzulegen.

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass die Menschen sehr große Hoffnung auf die Loyalität unserer Politiker setzen.

In diesem Zusammenhang sei gesagt, dass wir als Bürger dieses Landes mit unserem Anliegen „ALLE unserer Volksvertreter“ ansprechen unabhängig von Parteien, dass wir hoffen, dass bei Beurteilungen und Entscheidungen ALLE Parteien die Notlage und die Bitten der betroffenen Bürger im Blick haben.

Kurz zur Erinnerung:

Die GEMA-Petition wurde von 106.575 – Veranstalter, Musiker, Autoren und Komponisten, GEMA-Mitglieder und Nichtmitglieder im Internet mitgezeichnet. Die ca. 1500 Unterschriften und die etwa 3000 handschriftlichen Petitionen, angereichert mit Fallbeispielen, Schriftwechsel zwischen Musiker oder Veranstalter mit der GEMA und Prozessunterlagen, werden nicht erwähnt. Diese Petitionen wurden von mir in Berlin eingereicht, bevor die Internetgeschichte begann. Nachdem mir versichert wurde, dass alle Petitionen zusammen genommen werden, bin ich sicher, dass auch diese äußerst wichtigen Unterlagen, dem Justizministerium vorlagen.

Ich hoffe sehr meine Damen und Herren, dass auch Ihnen die Beispiele, die ich in meiner Petition aufführte vorliegen und es gibt derer noch zahlreiche.

Nachdem ich dankenswerterweise die Beurteilung meiner Petition und der Erkenntnisse der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland, durch das Justizministerium zur Einsicht überreicht bekam, bin ich umso dankbarer, dass ich heute Gelegenheit habe, dazu Stellung zu nehmen. Das Justizministerium ist nun der Auffassung, dass die Petition, sagen wir es mit den Worten eines GEMA-Vorstandes, „ins Leere läuft“.

Nachdem nun das Justizministerium zu dem Schluss kam, dass kein Handlungsbedarf bestehe, was mir unerklärlich ist und das Rechtsempfinden der Betroffenen mit Füßen tritt, wende ich mich hiermit an Bundestag und Bundesrat, wenn nötig die entsprechenden Gesetze zu ändern.

Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung der Petition hat die Regierung die Enquete-Kommission eingesetzt, die in vielen Bereichen zu den gleichen Ergebnissen kam, wie dem ausführlichen Abschlußbericht zu entnehmen ist.

In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, dass die von Staats wegen eingesetzte Überprüfungs- und Überwachungsinstitution beim Deutschen Patent- und Markenamt, nicht ausreichend ihrer Aufgabe gerecht wird. Es wurde wie zu lesen ist sogar vorgeschlagen, die Überprüfung einem Ressort im Bundestag zu übertragen.

So weit ich weiß, wurde daraufhin dieses Amt personell aufgestockt.

Änderungen sind bis heute nicht in Sicht und ich erhielt von einigen Seiten die Information, dass das DPMA, nach wie vor, sagen wir, milde ausgedrückt, wenn überhaupt, dann nur sehr schleppend reagiert und nicht überprüft.

Es ist für mich sehr befremdend, dass auch die Fragen und Anregungen der Enquete-Kommission, Handlungen die GEMA betreffend, fast ausnahmslos, wie mir scheint, durch das Justizministerium, für Null und Nichtig erklärt wurden.

In der, mir überreichten Begründung, wurden die, in der Petition im Namen der Autoren gestellten Bitten und Begründungen mit einem kurzen Satz abgetan, dass auf diesen Themenbereich mit der Stellungnahme zur Petition von Ole Seelenmeyer eingehend eingegangen wurde. Diese Ausführungen liegen mir leider nicht vor.

Was ich jedoch besonders vermisse, ist die Bewertung der Handlungen der GEMA im Hinblick auf das Vereinsrecht und das Grundgesetz!

Dem Bericht des Justizministeriums ist vielmehr unschwer zu entnehmen, dass ein reger Gedankenaustausch mit der GEMA-Spitze stattgefunden hat. Die Stellungnahme des Justizministeriums mutet an, wie eine Erklärung, die wir aus GEMA-Kreisen bestens kennen.

Verhandlungen auf dieser politischen Ebene werden intern geregelt.

Der Wunsch von Seiten der GEMA, Diskussionen sollten auf „Augenhöhe“ geschehen, widerspricht dies auf eklatante Weise. Dabei sei noch angemerkt, dass mir vorgeworfen wurde, dass ich nicht gesprächsbereit sei. Ein Gesprächsangebot unter vier Augen von Seiten der GEMA lehnte ich ab. Auch ich bin der Meinung, dass es sehr hilfreich wäre ins Gespräch zu kommen und bot meinerseits an, sich gemeinsam mit GEMA-Vertretern, Politiker, Musiker, Autoren und Veranstalter an einen Tisch zu setzen. Dies wurde mit dem lapidaren Satz: „Nachdem wir uns nun doch nicht sehen werden...“ abgelehnt. Nun, nachdem ich um Diskretion gebeten wurde, habe ich diese Sache nicht publik gemacht. Soviel jedoch zum Thema: „Diskussion auf Augenhöhe“!

Nachdem nun der öffentliche Druck und das unerwartet große Interesse auch bei den Medien, die GEMA meiner Meinung nach, kalt erwischt hat sah sie anscheinend doch Handlungsbedarf.

Das Justizministerium hat nun, wie mir scheint, die von der GEMA vorgenommenen „Schönheitskorrekturen“ als Grundlage für die Beurteilung der Vorwürfe genommen. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt in die Nesseln setzte wage ich zu sagen: „Papier ist geduldig“. Sie können sicher sein, dass vor allem GEMA-Mitgliedern, die auf Grund schwieriger wirtschaftlicher Situation in ihrer Existenz massiv bedroht sind, sehr genau hinschauen, was von all diesen Lippenbekenntnissen umgesetzt wird. Mir jedenfalls ist nichts bekannt, was die Situation verbessert hätte.

Eine kleine Episode am Rande: Im Sommer letzten Jahres erhielt ich eine Einladung zum Reeperbahn Kampus um dort über die Petition zu referieren. Auf Grund meiner Bedingung, danach eine Gesprächsrunde u.a. mit einem GEMA-Vertreter anzuberaumen, erklärte sich, nach längeren Verhandlungen, Herr Jürgen Baier, Direktor der Bezirksdirektion Nürnberg, dazu bereit.

Ziemlich zeitgleich initiierte die Neue Musikzeitung ein Gespräch, mittels telefonischer Konferenzschaltung, zwischen Journalist Dr. Koch, Herrn Jürgen Baier und mir. Es ging in erster Linie um die Gebührensätze für Veranstalter. Nachdem ich seine Argumentationen auf ganzer Linie widerlegen konnte – das Interview wurde veröffentlicht und kann auf der Internetseite der NMZ nachgelesen werden – lies er sich zu der Äußerung hinreißen, dass der Tarif VK (nachzulesen auf der GEMA-internetseite), der durchaus eine Erleichterung für Veranstalter wäre, analog auch für den Bereich der Unterhaltungsmusik angewendet würde, vorausgesetzt, dass ein Missverhältnis der tariflichen Vergütung zu den tatsächlich gespielten urheberrechtlich geschützten Werken vorliegt.

Wie gewagt diese Äußerung war konnte ich bereits eine Woche später erfahren. Ein GEMA-Mitarbeiter teilte, ohne Angabe von Gründen dem Veranstalter in Hamburg mit, dass Herr Baier nun doch nicht zur Verfügung stände. Ein anderer Vertreter wurde nicht geschickt!

Erlauben Sie mir, dass ich nochmals betone, dass die Aufgabe, geistiges Gut zu schützen und den Urhebern zu ihrem Recht zu verhelfen, nicht in Frage gestellt wurde und wird. Ich kann Ihnen versichern, dass es mit dieser Petition nicht darum geht auf die GEMA "einzuschlagen", wie "...", wie von Herr Prof. Wefelmeyer, in einem offenen Brief, an die von Seiten der GEMA viel gescholtene Frau Connemann, vermutet wurde.

. Es sind vielmehr unsachliche Unterstellungen, dass alle – O-Ton Prof. Wefelmeyer "Musikverwerter" (ein schreckliches Wort wie ich finde!) den Künstlern ihre Rechte absprechen und ihre Leistungen als "Allgemeingut" ansehen.

Nicht zuletzt die Sorge um den Fortbestand unserer Kultur und die Möglichkeit den Kreativen nicht nur zu ihrem Recht sondern auch - ganz ohne Pathos - zu ihrem Broterwerb zu verhelfen erfordert ein Umdenken und wie gesagt gegebenenfalls die Änderung von Gesetzen.

Wenn die Gebührenlast für kleinen Bühnen, die Kleinkunstvereine, die Gastronomen usw. zu groß wird, sind die Künstler, die wirklichen Verlierer und ich empfinde es meinerseits als zynisch, wenn Veranstaltern von Seiten der GEMA gesagt wird, es würde niemand dazu gezwungen Konzert zu veranstalten, bei denen sie nichts verdienen, Benefizveranstaltungen eingeschlossen.

Wenn es in Hinblick auf die Mitglieder bei der GEMA Stimmen gibt die sagen, es muss ja keiner in die GEMA eintreten und dass die, nennen wir sie "Gelegenheitskomponisten" (eine noch relativ freundliche Betitelung aus GEMA-Kreisen), eigentlich gar nicht so gerne als Mitglieder gesehen sind.

Im letzten Jahr, bemüht sich die GEMA ihre Mitgliedern davon zu überzeugen, wie sehr Sie für sie sorgt. Dass sie in Not geratene Komponisten unterstützt, Stipendien vergibt und nichtkommerzielle Projekte unterstützt. Wertvolle Kulturarbeit, in der Tat! Die Petition spricht von und für ca. 60.000 GEMA-Mitglieder und dem Heer von Musikern, die Auftrittsmöglichkeiten suchen und brauchen und sie spricht von Veranstaltern die, die Gelder dafür aufbringen müssen, Die Petition spricht nicht davon Musik zum Nulltarif zu fordern, sie fordert lediglich Gebührensätze die in Relation zur "Verwertung" der durch die GEMA geschützten Werke steht! Außerdem spricht die Petition von den vielen, vielen GEMA-Mitgliedern, die regional und überregional für ihre Arbeit einen angemessenen Anteil für ihre durch die GEMA geschützten Werke erhalten müssen.

Ich bitte Sie sehr in Ihre Meinungsbildung unabhängig von der Fokussierung auf die bestehenden Gesetze den Blick auch auf gesellschaftliche Reaktionen und Veränderungen zu richten und folgenden Aspekt zu berücksichtigen.

In einem Land, in dem es glücklicher Weise ein Vielzahl von staatlichen Musikhochschulen und Musikakademien gibt und in denen jedes Jahr eine große Zahl von Musikern und Komponisten ausgebildet werden, darf dieser kulturelle Einsatz von Seiten der Regierung nicht im Desaster enden. Wenn die jetzige Entwicklung auf diese Weise weitergeht werden immer mehr Kreative arbeitslos werden, was unseren ohnehin stark strapazierten Sozialstaat finanziell zusätzlich belasten wird.

Schon heute gibt es zahlreiche Hartz4-Empfänger – Tendenz steigend - und sie Alle können versichert sein, dass, wenn nicht schnellstmöglich etwas geändert wird, die flächendeckende Life-Kultur zusammenbrechen wird.

Am Rande sei dabei noch erwähnt, dass viele Musiker, die in staatlichen Musikschulen studieren auf die kleinen Bühnen angewiesen sind, eben wegen des "Broterwerbs"!

Bevor ich schließe möchte ich noch einige Zitate aus GEMA-Kreisen zum Besten geben.

Äußerungen, die für mich einen bitteren Beigeschmack bekommen, wenn ich glaubhaft sein will. Äußerungen, die bei der Beurteilung unserer Bitten vielleicht hilfreich sind:

- Wenn Jörg Evers (Komponist, Präsident Deutscher Komponistenverband e.V., GEMA-Aufsichtsratsvorsitzender) in einem offenen Brief zum Spiegelartikel erklärt:

O-Ton

“Was außerdem bei den im SPIEGEL-Artikel angeführten Klagen der Künstler, Veranstalter, Schützenvereine, Schuldirektoren, Gaststätten, Diskotheken etc. völlig übersehen wird, ist, dass nicht die GEMA einseitig „einen schier unüberschaubaren Tarifikatalog erarbeitet hat“, sondern dass die entsprechenden Tarifvereinbarungen gemeinsam und einvernehmlich mit den Gesamtvertragspartnern, wie z. B. mit der „Bundesvereinigung der Musikveranstalter“, den Tanzschulverbänden, den Kirchen etc. entwickelt wurden. Die beklagte „Ineffizienz und Intransparenz“ wurde also mit den meisten Nutzerverbänden in dieser Form so beschlossen, wie z. B. die Bemessungsgrundlagen bei Veranstaltungen nach Eintrittspreisen und Raumgrößen etc.“

Ende des Zitats

Wenn dem so ist, dann muss man dagegen halten: Nicht nur in der GEMA verliert die oberste Etage die Bodenhaftung, auch in anderen Verbänden und Vereinen fehlt oftmals der Bezug zur Realität.

- Wenn, als Antwort auf den heiß diskutierten Spiegelartikel, der Ihnen Allen bekannt sein dürfte, Herr Bruhns sagt, dass Frau Connemann mit ihren populistischen Verkündigungen nun wirklich keine Expertin in Sachen GEMA ist, und dass sie zudem mit ihren Angriffen auf die Urheberrechtsgesellschaft ihrer Aufgabe als Kulturbeauftragte nicht im Mindesten gerecht wird.
- Und wenn in den obersten GEMA-Etagen die Meinung vorherrscht, dass Frau Connemann, eine von der Regierung beauftragte Abgeordnete – ich gebe sinngemäß wieder – als nicht kompetent abgestempelt wird und in aller Öffentlichkeit behauptet wird, dass die Regierung der GEMA, einem unabhängigen Verein, nichts zu sagen hätte.

Dann sollte sich jeder Minister, jedes Bundestagsmitglied fragen ob die Regierung sich zu sehr von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lässt und ob unsere Gesetz nicht entsprechend geändert werden müssen!

- Wenn Jörg Evers in einem Offener Brief dem Journalisten Müller öffentlich droht: O-Ton!
„Man kann bloß hoffen, dass der Autor Müller nicht irgendwann einmal die solidarische Hilfe seiner Urheberkollegen aus dem Musikbereich zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen gegenüber Google benötigt“

Dann braucht man sich über kulturellen Verfall in unserem Lande nicht mehr zu wundern, wenn „Hüter“ von Kulturgütern sich zu solchen Äußerungen hinreißen lassen.

- Wenn Harald Heker in einem Interview mit dem Südkurier betont, dass – O-ton: ...Und hier herrscht noch ein relativ großes Unwissen. Als Ergebnis haben wir hier eine Petition – mit der wir uns in den kommenden Wochen

Hier nur so viel, wenn es stimmt, wie Harald Heker sagt, dass sich der Deutsche Bundestag mit Ihm zusammen in den nächsten Wochen intensiv mit dem Thema GEMA beschäftigen wird, dann kann ich für uns alle nur hoffen, dass es uns in dieser Sitzung gelingt, unseren Bitten den nötigen Nachdruck zu verleihen, zum Wohle aller Betroffener.

So bleiben für mich heute folgende Fragen zu klären:

Ist die GEMA-Vermutung mit dem Grundgesetz vereinbar?

Ist es mit dem Vereinsrecht vereinbar, dass ca. 60.000 Vereinsmitglieder nicht nur, nicht stimmberechtigt sind sondern nicht einmal der Verhandlungen beiwohnen dürfen?

Kann es Rechtens sein, dass die hochgepriesene „Härtefallregelung“ nur für ca. 1/00 der jährlichen Veranstaltungen zum Tragen kommt?

Kann es rechtens sein, dass von der GEMA selbst aufgestellte Tarife nur auf Grund von Sonderverträgen zum Tragen kommen und damit unterlaufen werden und daneben alle nicht organisierten Geschäftspartner, selbst die vorhandenen Tarife nicht ohne „Bittgesuch“ und ohne Klausulierungen erhalten?

Geht die Autonomie eines Vereines mit staatlicher Duldung soweit, dass die Regierung keine Möglichkeit hat gesetzgeberische Änderungen vorzunehmen?

Auf jeden Fall können sie sicher sein, dass die Menschen, inzwischen sensibilisiert, mit Spannung diese Diskussionen und Entscheidungen, die Kultur eines unserer höchsten Güter betreffend, verfolgen werden. Denn gerade in Zeiten, in denen den Menschen viel abverlangt wird, in denen die Menschen ihren Politikern besonderes Vertrauen entgegenbringen müssen, bekommen politische Entscheidungen, die ganz nahe an den Menschen sind, ein besonderes Gewicht.

In der Berliner Zeitung - Feuilleton von 15./16.05.2010 steht:

...Kein Wunder also, dass die Petition fordert, der Bundestag möge die Vereinbarkeit der Gema mit dem Grundgesetz prüfen. "Die Gema wird zunehmend vom Kultur-Schützer zum Kultur-Vernichter", schreiben die Initiatoren. Freilich - wer denkt, dass man nur die Gema ein bisschen ändern, nur hier und dort ein wenig reformieren müsse, und schon seien die Probleme vom Tisch, der macht sich etwas vor. Denn die Gema, das wusste schon Joseph Goebbels, als er den Vorgänger STAGMA zum Monopolisten der Rechtswahrnehmung machte, ist ein Instrument, um Musik nach dem Gesetz der Ware zu behandeln. Ohne eine grundsätzliche Diskussion des Urheberrechts in modernen Zeiten, ohne eine tiefgehende Infragestellung des modernen Copyrights wird die Gema als Monopolinstitution auch weiterhin gegen die Interessen der Verbraucher und der meisten Künstler agieren.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0515/feuilleton/0004/index.html>

Eine weit verbreitete Meinung und ein Grund mehr, unsere Demokratie auf den Prüfstand zu stellen, denn „Die Hoffnung stirbt zuletzt!“

Abschließend möchte ich heute noch die Gelegenheit nützen, Ihnen die Interessengemeinschaft Kultur in Deutschland (IKID) vorzustellen. Die IKID wurde im November gegründet und wir sind bereits stolze 110 Mitglieder. Die IKID – auf der Basis eines nichteingetragenen Vereins - macht sich zur Aufgabe sich unterschiedlicher kultureller Themen anzunehmen. Die Mitglieder kommen aus allen Bereichen der Bevölkerung und es werden sich, wie sich schon jetzt abzeichnet verschiedene, ich nenne es jetzt mal „Untergruppen“ bilden, die sich mit den unterschiedlichsten Kulturangelegenheiten befassen werden und die sich nicht scheuen Probleme anzusprechen und sich um Lösungen zu bemühen. So wird sich nach der Vorstellung der Gründungsmitglieder eine breit angelegte „Kultur-Lobby“ bilden um in Zukunft für unsere Politiker auch ernstzunehmende Gesprächspartner zu werden.

Ich danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben diese Ausführung zu lesen.

Monika Bestle

Anlagen

Diese Stellungnahme können Sie unter www.kult-werk.de und unter www.ikid-d.de nachlesen